EUROPÄISCHES PARLAMENT

MANFRED WEBER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Manfred Weber, MdEP • Holunderweg 9a • 93359 Wildenberg

Fraktionsvorsitzender
der Europäischen Volkspartei (EVP)

Markt Murnau
a. Staffelsee
12. Jan. 2015
Beil. ..... Euro

Markt Murnau am Staffelsee
Herrn Bürgermeister Rolf Beuting
Untermarkt 13
82418 Murnau am Staffelsee

I/1 OPP

Wildenberg, 9. Januar 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 19. Dezember und die Übersendung der Resolutionen des Marktgemeinderates Murnau zum Handelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die darin aufgeworfenen Sorgen sind mir in der Tat seit langer Zeit bekannt und werden mir bei zahlreichen Gesprächen und Diskussionen von den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder zugetragen. Auch bei der Sendung „Jetzt red i – Europa" des Bayerischen Fernsehens in Murnau, bei der ich anwesend sein durfte, haben wir dieses Thema diskutiert.

Im Grundsatz ist festzuhalten, dass die EU-Kommission mit einem demokratischen Verhandlungsmandat durch den einstimmigen Beschluss des EU-Ministerrats, also der Mitgliedsländer, vom 14. Juni 2013 ausgestattet ist. Die Verhandlungen finden demnach nicht in rechtsfreien Räumen oder im Auftrag der EU-Kommission oder von Unternehmen statt, wie dies beispielsweise von Campact postuliert wird. Ich darf in diesem Zusammenhang auf das veröffentlichte Informationspapier der EU-Kommission verweisen, das ich dieser Mail beilege, in dem auch weiterführende Links zu finden sind, in dem alle Verhandlungsschwerpunkte und -abläufe dargestellt sind.

Dass Verhandlungen dieser Art nichtöffentlich stattfinden ist keine Besonderheit des geplanten Handelsabkommens zwischen EU und USA. Alles andere würde die Verhandlungsposition der europäischen Seite schwächen. Jede Kommune lässt beispielsweise laufende Verhandlungen im nichtöffentlichen Bereich stattfinden und informiert über Verfahrensstände und (Teil-)Ergebnisse in den zuständigen Gremien. So werden auch die Europaabgeordneten in den Fachausschüssen regelmäßig offiziell auf den aktuellen Verhandlungsstand gebracht und in diesen Ausschüssen werden auch die weiteren Verhandlungsschritte abgestimmt. So kontrollieren seit Beginn der laufenden Verhandlungen die Europaabgeordneten die EU-Kommission sowohl durch Anfragen, Resolutionen und Debatten im Plenum als auch durch den zuständigen Außenhandelsausschuss (INTA) und seine speziell für die TTIP-Verhandlungen eingerichtete Kontrollgruppe (Monitoring Group). Mir wird von den zuständigen Fachkollegen in der Fraktion berichtet, dass die Verhandlungsführer der Kommission großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit dem Parlament und dem Ministerrat haben, denn am Ende der Verhandlungen müssen Europäisches Parlament und Ministerrat dem Abkommen zustimmen. Insofern ist eine demokratische Mitbestimmung und Kontrolle gegeben.

Manfred Weber, Dipl.-Ing. (FH) • Mitglied des Europäischen Parlaments
Holunderweg 9a • 93359 Wildenberg • Telefon +49 (0)9444 8709752 • Fax +49 (0)9444 8709751
info@manfredweber.eu • www.weber-manfred.de

ASP 08 H 369 • Rue Wiertz • 1047 BRUXELLES • BELGIEN • Telefon +32 (0)2 28-45869 • Fax +32 (0)2 28-49869
manfred.weber@ep.europarl.europa.eu

Dies wird beispielsweise auch daran deutlich, dass der bis November für Handelsfragen zuständige EU-Kommissar Karel De Gucht die Verhandlungen mit den USA über den Themenbereich „Investitionsschutz" ausgesetzt hat. Es fand dazu ein Konsultationsverfahren statt, an dem sich auch Verbände, Organisationen und die breite Öffentlichkeit beteiligen konnten und das mittlerweile abgeschlossen wurde. Nach der Auswertung der Ergebnisse dieser Konsultation wird die EU-Kommission wieder weiterverhandeln. Übrigens sind die Investitionsschutzverträge eine deutsche Erfindung, 1959 zwischen Deutschland und Pakistan abgeschlossen. Deutschland ist an 139 solcher Abkommen beteiligt, kein anderes Land hat mehr solcher Verträge abgeschlossen. Ich beobachte aber, dass zum Thema Schiedsgerichte noch enormer Diskussionsbedarf innerhalb des Rates und auch des Parlaments besteht. Der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat klar gemacht, dass aus seiner Sicht nicht zu akzeptieren ist, dass die Rechtsprechung in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen eingeschränkt wird. Der Zugang zu den nationalen Gerichten muss offen bleiben, und Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten dürfen nicht durch Geheimgerichte entschieden werden.

Unabhängig davon hat das Europäische Parlament vor der Sommerpause den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen und fraktionsübergreifend die EU-Kommission aufgefordert, die Öffentlichkeit noch stärker zu informieren, als dies bislang der Fall war. Nun hat der Europäische Rat nachgezogen und den Text des Verhandlungsmandates offengelegt. Außerdem hat der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seinem Amtsantritt eine wesentlich größere Transparenz zugesagt, die nun von der zuständigen Handelskommissarin Cecilia Malmström umzusetzen ist. Ich erkenne hier einen Stimmungswechsel in der Kommission.

Bezüglich des Themas Gefahr einer Liberalisierung der Trinkwasserversorgung, bzw. der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Hintertür sehen meine zuständigen Fraktionskollegen keine Indizien im Verhandlungsmandat, dass eine Zwangsprivatisierung der Trinkwasserversorgung vorgesehen wäre. Außerdem schafft TTIP kein neues Recht im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Vielmehr sei maßgebend, was im zuständigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments beschlossen wurde und nun geltendes Recht sei. Amerikanische Unternehmen werden demnach genauso viel bzw. genauso wenig Zugang erhalten wie europäische Unternehmen. Außerdem darf ich auf die Beschlussfassung des Europäischen Parlaments zur Konzessionsrichtlinie verweisen, wonach nicht zuletzt auf Druck der CSU-Europaabgeordneten ein Privatisierungszwang der Trinkwasserversorgung explizit ausgeschlossen wird.

Gerade für ein exportorientiertes Land wie Bayern ist internationaler Handel und Wettbewerb wichtig. Und ich bitte auch einen weiteren Aspekt nicht außer Acht zu lassen: Wir leben in Deutschland in einer weitgehend wirtschaftlich guten und stabilen Situation. Die Bevölkerung in unseren süd- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten hat aber mit ganz anderen Herausforderungen zu kämpfen. Für sie sind Wachstum und neue Arbeitsplätze enorm wichtig, um damit mehr Menschen in Lohn und Brot bringen zu können und ihnen auch eine Perspektive zu bieten.

Aus meiner Sicht steht bei aller positiver Grundeinstellung zu internationalem Handel außer Frage, dass die hohen Standards im Bereich Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, Datenschutz, Verbraucherschutz oder soziale Mindeststandards, die wir uns in Deutschland und der Europäischen Union gegeben haben, das Maß der Verhandlungen sein müssen. Und das scheint zum Teil auch bereits erfolgt zu sein: Ich vernehme aus Verhandlungskreisen, dass beispielsweise die hohen Maßstäbe der EU-Chemikalienrichtlinie REACH Bestandteil des Handelsabkommens werden sollen. In

anderen Bereichen gibt es erwartungsgemäß kontroverse Diskussionen, auch und gerade im Bereich der Landwirtschaft.

Aktuell steht die EU mit den USA in laufenden Verhandlungen, deren Ausgang offen ist. Es ist jetzt erst einmal notwendig, die Verhandlungen - durchaus kritisch - zu begleiten und das Verhandlungsergebnis abzuwarten, ehe dieses dann abschließend bewertet werden kann.

Ich hoffe, meine Auskünfte haben Ihnen weitergeholfen.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Weber
Mitglied des Europäischen Parlaments
EVP-Fraktionsvorsitzender